

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

2005/0127(COD)

29.11.2006

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Rechtsausschuss

zu dem geänderten Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments
und des Rates über strafrechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte
des geistigen Eigentums
(KOM(2006)0168 – C6-0233/2005 – 2005/0127(COD))

Verfasser der Stellungnahme: David Hammerstein Mintz

PA_Legam

KURZE BEGRÜNDUNG

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in der Rechtssache C-176/03 aus jüngster Zeit schlägt die Kommission eine Richtlinie über strafrechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (IPR) nach Artikel 95 des Vertrags vor.

Unbeschadet der Zuständigkeit des Rechtsausschusses sollte doch angemerkt werden, dass es ernste Bedenken hinsichtlich der weiten Auslegung des Urteils durch die Kommission gibt, wie sie sich in der Mitteilung KOM(2005)583 findet. Das gilt folglich auch für die Rechtsgrundlage des Vorschlags.

Was die Themen anbelangt, die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie fallen, handelt es sich um folgende zu prüfende Hauptpunkte:

- (a) Anwendungsbereich der Richtlinie;
- (b) Definition des Begriffs „gewerbsmäßig“;
- (c) Definition des Begriffs „vorsätzliche Verletzung eines IPR“;
- (d) strafrechtliche Ahndung der Beihilfe und der Anstiftung;
- (e) gemeinsame Ermittlungsgruppen;
- (f) Grundrechte.

Anwendungsbereich

Der Anwendungsbereich dieser Rechtsvorschrift betrifft die Nachahmung von Waren und Produktpiraterie, insbesondere in der Musik-, Luxusgüter- und Bekleidungsbranche sowie damit zusammenhängenden Sektoren. Es bestehen allerdings ernsthafte Bedenken hinsichtlich der möglichen Auswirkungen dieser Richtlinie, wenn Maßnahmen zur Bekämpfung der Nachahmung von Waren und Produktpiraterie einfach allgemein auf alle Formen von IPR für anwendbar erklärt werden. Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Verletzung bestimmter IPR in der Art und Begehungsweise unterschiedlich ist, was bedeutet, dass Maßnahmen zur Bekämpfung der Verletzung solcher IPR auch unterschiedlich sein sollten. Es gibt eine Unterscheidung zwischen Patentverletzungen im Laufe der normalen Geschäftstätigkeit, wie etwa die rechtmäßige Entwicklung von Produkten, und die Nachahmung von Waren und Produktpiraterie, die in betrügerischer Absicht und vorsätzlich erfolgen. Es gibt zivilrechtliche Rechtsmittel gegen Patentverletzungen, und mutmaßliche Patentverletzer sollten nicht Kriminellen, wie Produktpiraten und Nachahmern, gleichgestellt werden. Es kann vorkommen, dass eine Gesellschaft ein Patent bewusst verletzen muss, um zu zeigen, dass das betreffende Patent nicht gültig ist, und dies trägt zur Innovation bei. In diesem Kontext sollte die Verletzung eine Zivilrechtssache bleiben, wie es derzeit der Fall ist, es sei denn, die Verletzung stellt eine ernstliche Bedrohung der öffentlichen Gesundheit oder Sicherheit dar.

Gewerbsmäßig

Der Begriff „gewerbsmäßig“ wurde durch das TRIPS-Übereinkommen eingeführt, allerdings nicht definiert. Dort helfen aber die Ausdrucksweise des TRIPS-Übereinkommens, die Benutzung dieses Begriffs im gesamten Übereinkommen und der Kontext dabei, den Begriff zu interpretieren. Er bezieht sich nur auf Verletzungen mit Gewinnerzielungsabsicht, die zu

einem beträchtlichen unmittelbaren Schaden des Inhabers eines IPR führen. Der Austausch rechtmäßig erworbenen Inhalts zwischen Einzelpersonen ohne Gewinnerzielungsabsicht muss vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden.

Da mit dem Legislativvorschlag beabsichtigt wird, lediglich eine gewerbsmäßige Verletzung unter Strafe zu stellen, ist es von wesentlicher Bedeutung, dass dies klar definiert wird, um Rechtsunsicherheit zu vermeiden. Wir können uns nicht auf die Praxis der Mitgliedstaaten in diesem Bereich verlassen, da sie von einem Mitgliedstaat zum anderen unterschiedlich ist.

Vorsätzliche Verletzung eines IPR

Nur eine wissentlich begangene Verletzungshandlung, die vorsätzlich begangen wird, kann zu strafrechtlichen Sanktionen führen: Nur solche Fälle sind abgedeckt, in denen sich der Täter bewusst ist, dass er IPR verletzt, und in denen er dies vorsätzlich und in böswilliger Absicht tut. Hier muss eine Unterscheidung getroffen werden, denn eine Verletzung sollte nicht einfach deshalb als vorsätzlich gelten, weil sie Teil einer bewussten Tätigkeit ist, wie etwa Musikhören oder Filmeanschauen.

Beihilfe und Anstiftung

Es ist wichtig, zwischen Patentverletzungen im Laufe der normalen Geschäftstätigkeit (rechtmäßige Entwicklung von Produkten) und der Nachahmung von Waren und Produktpiraterie zu unterscheiden, die in betrügerischer Absicht und vorsätzlich erfolgt und oft von kriminellen Vereinigungen begangen werden. Strafrechtliche Sanktionen für Beihilfe und Anstiftung zu einer Straftat muss den schwersten Verbrechen vorbehalten bleiben. Wenn man Beihilfe und Anstiftung im Fall der Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums unter Strafe stellt, ist dies unverhältnismäßig. Die Grundrechtscharta, insbesondere Artikel 49 Absatz 3, in dem bestimmt ist, dass „das Strafmaß ... gegenüber der Straftat nicht unverhältnismäßig sein“ darf, muss in vollem Umfang geachtet werden.

Gemeinsame Ermittlungsgruppen

Nach Artikel 7 des Vorschlags ist vorgesehen, dass Sachverständige und Vertreter des Inhabers von IPR an den Untersuchungen mitwirken können. Wenn es auch sicherlich so ist, dass es der Inhaber von IPR ist, der seine Waren und Produkte zweifellos identifizieren kann, ist doch in dieser Hinsicht Vorsicht geboten.

Erstens könnten wegen der Tatsache, dass es Sache des Inhabers von IPR ist, die Benutzung seines geistigen Erzeugnisses zu genehmigen oder zu verbieten, und auch wegen des Schutzes des Inhabers von IPR nur ordnungsgemäß ermächtigte und beauftragte Vertreter die Ermittlungsgruppe unterstützen. Zweitens muss die Unterstützung entweder durch den Inhaber von IPR oder seines Vertreters beschränkt werden, um die „Privatisierung“ des Strafverfahrens zu vermeiden. Eine weitergehende oder aktivere Beteiligung der Inhaber von IPR wäre eine Gefahr für faire und unparteiische Untersuchungen und Strafverfahren.

Grundrechte

Die Grundrechtscharta muss sowohl während der Ermittlungen als auch bei Gerichtsverfahren

uneingeschränkt respektiert werden, wenn Straftaten und Sanktionen festgelegt werden. Besondere Aufmerksamkeit gebührt den folgenden Artikeln der Charta: Artikel 8 über personenbezogene Daten, Artikel 47 über das unparteiische Gericht und Artikel 49 über die Gesetzmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen.

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Änderungsanträge in seinen Bericht zu übernehmen:

Vorschlag der Kommission ¹	Abänderungen des Parlaments
	Änderungsantrag 1 Erwägung 9
<i>(9) Um strafrechtliche Ermittlungen oder Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Schutzrechtsverletzungen zu erleichtern, darf die Einleitung solcher Maßnahmen nicht von der Aussage oder Anzeige eines Geschädigten abhängig gemacht werden.</i>	<i>entfällt</i>
	<i>Begründung</i>
	<i>Den Strafverfolgungsbehörden sollte es nicht möglich sein, aus Eigeninitiative vor der Klage des Rechtsinhabers tätig zu werden, weil Lizenzvereinbarungen nicht veröffentlicht werden. Der Rechtsinhaber hat das grundlegende Recht, über seine Rechte zu verfügen, wenn er will.</i>
	Änderungsantrag 2 Erwägung 9 a (neu)
	<i>(9a) Die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Rechte sollten bei der Festlegung von strafbaren Handlungen und Strafen, während der Ermittlungen und bei Gerichtsverfahren uneingeschränkt eingehalten werden.</i>

¹ Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Änderungsantrag 3
Artikel 1 Absatz 1

Diese Richtlinie legt **die strafrechtlichen** Maßnahmen fest, die zur **Durchsetzung** der Rechte des geistigen Eigentums erforderlich sind.

Diese Richtlinie legt **strafrechtliche** Maßnahmen fest, die zur **Bekämpfung von vorsätzlichen, in gewerbsmäßigem Umfang begangenen Verletzungen** der Rechte des geistigen Eigentums **und zur Abschreckung vor solchen Verletzungen** erforderlich sind.

Begründung

Mit diesem Änderungsantrag wird die im TRIPS-Übereinkommen verwendete Formulierung wieder eingesetzt (Art. 61), auf dem dieser Vorschlag beruht.

Änderungsantrag 4
Artikel 1 Absatz 2

Diese Maßnahmen gelten für die Rechte des geistigen Eigentums, **die im Gemeinschaftsrecht und/oder im innerstaatlichen Recht der Mitgliedstaaten vorgesehen sind.**

Mit dieser Richtlinie werden diese strafrechtlichen Maßnahmen **EU-weit harmonisiert, wenn dies zur Bekämpfung vorsätzlicher Verletzungen** der Rechte des geistigen Eigentums, **wenn diese im Rahmen einer kriminellen Vereinigung begangen wurden oder wenn von ihnen eine schwerwiegende Gefährdung der Gesundheit oder der Sicherheit ausgeht, notwendig ist.**

Begründung

Mit diesem Änderungsantrag wird die im TRIPS-Übereinkommen verwendete Formulierung wieder eingesetzt (Art. 61), auf dem dieser Vorschlag beruht.

Änderungsantrag 5
Artikel 1 Absatz 2 a (neu)

Unbeschadet der bereits in Mitgliedstaaten bestehenden Maßnahmen gelten die in dieser Richtlinie festgelegten Maßnahmen nur für vorsätzliche Verletzungen des Markenrechts, einschließlich der Nachahmung und Urheberrechtspiraterie.

Begründung

Es gibt einen Unterschied zwischen normalen gewerblichen Patentverletzungen, wie z.B. der rechtmäßigen Entwicklung von Produkten und der vorsätzlichen Nachahmung und Produktpiraterie in betrügerischer Absicht. Es gibt zivilrechtliche Mittel gegen Patentverletzungen, und mutmaßliche Patentverletzer sollten nicht mit dem gleichen Maß gemessen werden wie Produktpiraten und Nachahmer. Im Falle von Patentverletzungen würde dies gegen die zivilrechtlichen Systeme der Mitgliedstaaten verstoßen.

Änderungsantrag 6 Artikel 1 Absatz 2 b (neu)

Der nicht gewinnorientierte Austausch von rechtmäßig erworbenen Inhalten zwischen Einzelpersonen ist vom Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen.

Begründung

Mit diesem Vorschlag soll nur die gewerbsmäßige Verletzung unter Strafe gestellt werden (Art. 3).

Änderungsantrag 7 Artikel 2 Titel

Begriffsbestimmung

Begriffsbestimmungen

Begründung

Es ist wünschenswert, dass der Begriff Nachahmung, der von zentraler Bedeutung für die Anwendung dieses Vorschlags für eine Richtlinie ist, definiert wird. Es können nur dann Sanktionen verhängt werden, wenn es eine klare Definition des Begriffs Nachahmung gibt, die alle Formen von Verletzungen der Rechte des geistigen Eigentums enthalten muss, einschließlich des Besitzes nachgeahmter Waren.

Änderungsantrag 8 Artikel 2 Absatz 1 a (neu)

Im Sinne dieser Richtlinie bedeutet „gewerbsmäßige Verletzung“ gewinnorientierte Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums, die dem Inhaber dieses Rechts einen erheblichen unmittelbaren Schaden zufügt.

Begründung

Mit dem Vorschlag soll zwar nur die gewerbsmäßige Verletzung unter Strafe gestellt werden (Art. 3), dieser Begriff ist jedoch nicht näher definiert; zur Vermeidung von Rechtsunsicherheit muss eine eindeutige Definition erstellt werden. Obwohl im TRIPS-Übereinkommen nicht definiert wird, was unter „gewerbsmäßig“ zu verstehen ist, machen der Kontext des TRIPS-Übereinkommens, die Verwendung dieser Bezeichnung im gesamten Text und die Analyse des TRIPS-Verhandlungsprozesses die Definition deutlich.

Änderungsantrag 9 Artikel 2 Absatz 1 b (neu)

Im Sinne dieser Richtlinie bedeutet „vorsätzliche Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums“ eine bewusste und wissentliche Verletzung dieses Rechts.

Änderungsantrag 10 Artikel 2 Absatz 1 a (neu)

Im Sinne dieser Richtlinie bedeutet „Nachahmung“

a) ohne rechtmäßigen Grund Waren, die unter einer nachgeahmten Marke angeboten werden, zu besitzen, nach einem Zollverfahren einzuführen oder auszuführen;

b) Waren, die unter einer nachgeahmten Marke angeboten werden, zum Verkauf anzubieten oder zu verkaufen;

c) eine Marke, eine Kollektivmarke oder eine Zertifizierungs- und Kollektivmarke durch Verletzung der durch ihre Eintragung bestehenden Rechte und der aus ihr erwachsenden Verbote zu vervielfältigen, nachzuahmen, zu benutzen, aufzubringen, zu beseitigen und zu verändern;

d) wissentlich ein Produkt zu liefern oder eine Dienstleistung zu erbringen, das bzw. die eine andere eingetragene Marke hat als das Produkt oder die Dienstleistung, das

bzw. die angefordert wird.

Begründung

Es ist wünschenswert, dass der Begriff Nachahmung, der von zentraler Bedeutung für die Anwendung dieses Vorschlags für eine Richtlinie ist, definiert wird. Es können nur dann Sanktionen verhängt werden, wenn es eine klare Definition des Begriffs Nachahmung gibt, die alle Formen von Verletzungen der Rechte des geistigen Eigentums enthalten muss, einschließlich des Besitzes nachgeahmter Waren.

Änderungsantrag 11

Artikel 3

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ***jede*** vorsätzliche, in *gewerblichem* Umfang begangene Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums, ***der Versuch einer solchen Rechtsverletzung sowie die Beihilfe und Anstiftung dazu*** als Straftat gilt.

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ***die*** vorsätzliche, in *gewerbsmäßigem* Umfang begangene Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums als Straftat gilt.

Begründung

Strafrechtliche Sanktionen für Beihilfe und Anstiftung zu einer Straftat müssen den schlimmsten Straftaten vorbehalten werden; würde man Beihilfe und Anstiftung unter Strafe stellen, so könnte dies im Zusammenhang mit einer Verletzung der Rechte des geistigen Eigentums als unverhältnismäßig gelten.

Änderungsantrag 12

Artikel 3 Absatz 1 a (neu)

Außerdem sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass der Versuch einer solchen Rechtsverletzung sowie die Beihilfe und Anstiftung dazu als Straftat gelten, wenn der Versuch sowie die Beihilfe oder Anstiftung dazu

(a) zur Unterstützung der organisierten Kriminalität durchgeführt wird, oder

(b) eine erhebliche Gefährdung der Gesundheit oder der Sicherheit darstellt.

Begründung

Es muss unbedingt zwischen Patentverletzungen im Rahmen der normalen gewerblichen Tätigkeit (rechtmäßige Entwicklung von Produkten), die zum Brechen ungültiger Patente

führen können, und vorsätzlicher Nachahmung und Produktpiraterie in betrügerischer Absicht unterschieden werden, die oft von kriminellen Vereinigungen begangen werden. Strafrechtliche Sanktionen für Beihilfe und Anstiftung zu einer Straftat müssen den schlimmsten Straftaten vorbehalten werden; würde man Beihilfe und Anstiftung unter Strafe stellen, so könnte dies im Zusammenhang mit einer Verletzung der Rechte des geistigen Eigentums als unverhältnismäßig gelten.

Änderungsantrag 13
Artikel 3 Absatz 1 b (neu)

Strafrechtliche Sanktionen werden nicht in Fällen von Parallelimport von Originalwaren angewendet, die mit Zustimmung des Inhabers der Rechte des geistigen Eigentums in einem Drittland in den Verkehr gebracht werden.

Änderungsantrag 14
Artikel 4 Absatz 2 einleitender Satz

2. Die Mitgliedstaaten sehen in geeigneten Fällen für Straftaten im Sinne von Artikel 3 außerdem folgende Sanktionen vor:

2. Die Mitgliedstaaten sehen in geeigneten Fällen, ***soweit es das öffentliche Interesse erfordert***, für Straftaten im Sinne von Artikel 3 außerdem folgende Sanktionen vor:

Begründung

Es handelt sich um erhebliche Verstöße gegen die Grundrechte, weshalb es wünschenswert ist, dass sie durch das öffentliche Interesse gerechtfertigt werden.

Änderungsantrag 15
Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a

a) die Vernichtung ***der*** schutzrechtsverletzenden Gegenstände;

a) die ***rasche*** Vernichtung ***aller*** schutzrechtsverletzenden Gegenstände, ***mit Ausnahme von Mustern, die ohne Sicherheitsleistung als Beweismittel aufbewahrt werden;***

Begründung

Aus Sicherheitsgründen wird vorgeschlagen, die schutzrechtsverletzenden Gegenstände mit Ausnahme von Gegenständen, die für die Ermittlungen erforderlich sind, rasch und vollständig zu vernichten. Mit dieser Maßnahme können auch hohe Kosten für die Überwachung vermieden werden. Die optische Darstellung der Waren kann durch das

Anfertigen von Fotografien der Waren zum Zeitpunkt ihrer Entdeckung erfolgen. Gegebenenfalls kann die Vernichtung der Waren von der Einholung des Einverständnisses oder der Zustimmung des Beschuldigten abhängig gemacht werden, wenn er ermittelt ist, ohne dass dies ein Schuldeingeständnis darstellen würde.

Änderungsantrag 16
Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe g a (neu)

ga) eine Anordnung, mit der der Schutzrechtsverletzer aufgefordert wird, für die Kosten der Aufbewahrung der beschlagnahmten Waren aufzukommen.

Begründung

Als zusätzliche Sanktion muss der Nachahmer zur Übernahme der Kosten für die Überwachung der zu Ermittlungszwecken aufbewahrten Waren verurteilt werden, umso mehr als diese Kosten eine erhebliche Größenordnung annehmen können, sofern die aufbewahrten Waren, wenn auch in geringer Menge, ein großes Volumen haben, und als die Ermittlungen langwierig sind.

Änderungsantrag 17
Artikel 5 Absatz 2 Buchstaben a und b

a) im Höchstmaß von mindestens 100 000 EUR für alle Fälle mit Ausnahme der besonders schweren Fälle,

b) im Höchstmaß von mindestens 300 000 EUR für die Fälle nach Absatz 1.

Im Fall von Geldstrafen legen die Gerichte jedes Mitgliedstaates die Höhe der verhängten Geldstrafe fest und tragen dabei dem verursachten Schaden, dem Wert der schutzrechtsverletzenden Waren oder dem durch sie erzielten Gewinn und als dem maßgeblichen Faktor in allen Fällen der wirtschaftlichen Lage des Schutzrechtsverletzers, die sich aus seinem Vermögen, seinen Einkünften, seinen familiären Unterhaltspflichten und sonstigen persönlichen Umständen ergibt, Rechnung.

Begründung

Die Festlegung einer bestimmten Höhe der Geldstrafen, die für die in dem Artikel vorgesehenen Verletzungen der Rechte des geistigen Eigentums gelten, ist zu starr und vermutlich schwer mit dem Grundsatz der Subsidiarität vereinbar. Der Änderungsantrag bringt diesen Grundsatz mit der Harmonisierungsabsicht, von der der Vorschlag geprägt ist, in Einklang.

Änderungsantrag 18
Artikel 6

Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Vermögensgegenstände einer verurteilten natürlichen oder juristischen Person ganz oder teilweise nach Maßgabe von Artikel 3 des Rahmenbeschlusses 2005/212/JI vom 24. Februar 2005 über die Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten eingezogen werden können, zumindest wenn die Straftaten **im Rahmen einer kriminellen Vereinigung im Sinne des Rahmenbeschlusses ... zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität begangen worden sind** oder wenn von diesen Straftaten eine Gefährdung der Gesundheit oder Sicherheit von Personen ausgeht.

Die Mitgliedstaaten treffen, **ohne die Grundrechte zu verletzen**, die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Vermögensgegenstände einer verurteilten natürlichen oder juristischen Person ganz oder teilweise nach Maßgabe von Artikel 3 des Rahmenbeschlusses 2005/212/JI vom 24. Februar 2005 über die Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten eingezogen werden können, zumindest wenn die Straftaten **schwerwiegend sind** oder wenn von diesen Straftaten eine Gefährdung der Gesundheit oder Sicherheit von Personen ausgeht.

Begründung

Es ist problematisch, dass Artikel 6 nur auf Straftaten beschränkt ist, die im Zusammenhang mit der „organisierten Kriminalität“ begangen werden. Dieser Artikel wird nur dann zweckdienlich sein, wenn er sich auf alle Straftaten bezieht, die zu einem erheblichen wirtschaftlichen Schaden für den Rechtsinhaber führen, unabhängig davon, ob diese Verletzungen im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität verübt wurden. In Artikel 6 des Vorschlags für einen Rahmenbeschluss sollte daher die Bezugnahme auf die „organisierte Kriminalität“ gestrichen und diese durch den Begriff „schwerwiegende Straftaten“ ersetzt werden.

Änderungsantrag 19
Artikel 7

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die betroffenen Inhaber **von Rechten** des geistigen Eigentums oder ihre Vertreter sowie Sachverständige **an** den von gemeinsamen Ermittlungsgruppen geleiteten Untersuchungen von Straftaten im Sinne von Artikel 3 **mitwirken können**.

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die betroffenen Inhaber **der Rechte** des geistigen Eigentums oder ihre **ordnungsgemäß bevollmächtigten** Vertreter sowie Sachverständige den von gemeinsamen Ermittlungsgruppen geleiteten Untersuchungen von Straftaten im Sinne von Artikel 3 **Informationen mitteilen**.

Begründung

Die Formulierung dieses Artikels ist zu vage: es ist rechtmäßig, dass der Gerichtshof es allen Parteien gestattet, Sachverständige zu beauftragen. Eine direkte Einbeziehung der Vertreter der Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums in die Ermittlungen ist jedoch einzuschränken; ansonsten könnten die Inhaber von Rechten die Strafverfahren aufs Spiel setzen, indem sie unparteiische und gerechte Ermittlungen gefährden; der Text der Kommission ist unverhältnismäßig, da dies den Gerichten zur Auslegung überlassen werden sollte.

Änderungsantrag 20 Artikel 7 Absatz 1 a (neu)

Artikel 8 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der den Schutz personenbezogener Daten betrifft, und Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr¹ werden bei den Ermittlungen und den Gerichtsverfahren uneingeschränkt eingehalten.

¹ ABl. L 281 vom 23.11.1995, S. 31.

Begründung

Artikel 8 der Charta der Grundrechte lautet: „Jede Person hat das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten“ und: „Diese Daten dürfen nur nach Treu und Glauben für festgelegte Zwecke und mit Einwilligung der betroffenen Person oder auf einer sonstigen gesetzlich legitimen Grundlage verarbeitet werden. Jede Person hat das Recht, Auskunft über die sie betreffenden erhobenen Daten zu erhalten und die Berichtigung der Daten zu erwirken.“ Die Richtlinie zielt darauf ab, die Rechte und Freiheiten der Personen in Bezug auf die personenbezogenen Daten zu schützen, indem Leitlinien darüber festgelegt werden, wann diese Verarbeitung rechtmäßig ist.

Änderungsantrag 21 Artikel 8

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Möglichkeit, strafrechtliche Ermittlungen oder eine Strafverfolgung gegen Straftaten im Sinne von Artikel 3 einzuleiten,

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Möglichkeit, strafrechtliche Ermittlungen oder eine Strafverfolgung gegen Straftaten im Sinne von Artikel 3 einzuleiten,

zumindest wenn die Tat in ihrem Hoheitsgebiet begangen wurde, **nicht von der** Aussage oder Anzeige eines Geschädigten **abhängig gemacht wird**.

zumindest wenn die Tat in ihrem Hoheitsgebiet begangen wurde, **auch ohne die** Aussage oder Anzeige eines Geschädigten **in Anspruch genommen werden kann**.

Begründung

In dem Änderungsantrag werden die Voraussetzungen für die Einleitung des Strafverfahrens angegeben, und gleichzeitig wird die Flexibilität der vorgeschlagenen Regelung bewahrt. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass insbesondere bei einer Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, bei der der Rechtsinhaber unbestimmt wäre, das Strafverfahren ohne die Aussage des Geschädigten eingeleitet werden kann.

VERFAHREN

Titel	Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über strafrechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentum			
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	KOM(2006)0168 – C6-0233/2005 – 2005/0127(COD)			
Federführender Ausschuss	JURI			
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	ITRE 6.9.2005			
Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum				
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	David Hammerstein Mintz 5.10.2005			
Ersetzte(r) Verfasser(in) der Stellungnahme:				
Prüfung im Ausschuss	11.9.2006	10.10.2006	23.11.2006	28.11.2006
Datum der Annahme	28.11.2006			
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: –: 0:	31 4 0		
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Jan Březina, Jerzy Buzek, Pilar del Castillo Vera, Giles Chichester, Den Dover, Adam Gierek, Norbert Glante, Umberto Guidoni, Fiona Hall, David Hammerstein Mintz, Rebecca Harms, Erna Hennicot-Schoepges, Romana Jordan Cizelj, Werner Langen, Vincenzo Lavarra, Nils Lundgren, Eugenijus Maldeikis, Reino Paasilinna, Miloslav Ransdorf, Vladimír Remek, Teresa Riera Madurell, Mechtild Rothe, Paul Rübig, Andres Tarand, Catherine Trautmann, Claude Turmes, Nikolaos Vakalis, Alejo Vidal-Quadras, Dominique Vlasto			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Pilar Ayuso, Zdzisław Kazimierz Chmielewski, Edit Herczog, Gunnar Hökmark, Lambert van Nistelrooij, Francisca Pleguezuelos Aguilar			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)				
Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)	...			